

# Blickpunkt



# Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf  
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



## Kommunal- und Europawahl

## Werkstattgespräch

## Sozialer Wohnungsbau



Liebe Leserinnen und Leser,

zuerst möchte ich mich bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken, die bei der Europa- und Kommunalwahl ihre Stimme abgegeben haben. Ein großes Lob gilt auch den vielen Unterstützern, die sich im Wahlkampf engagiert haben.

Nicht zuletzt freue ich mich natürlich darüber, dass die CDU im Kreis Warendorf ein positives

Ergebnis, sowohl bei der Kommunal- als auch bei der Europawahl, erreicht hat. Als direktgewähltes Mitglied des Kreistages Warendorf, darf ich auch in der zukünftigen Legislaturperiode die Interessen der Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises vertreten. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen danke ich herzlich!

Durch die Brille der Landespolitikerin hat das Ergebnis der CDU NRW bei der Europawahl und in den zahlreichen Kommunen in NRW eines gezeigt: Die CDU ist wieder da! Die enttäuschende Landtagswahl im Jahr 2012 gehört damit endgültig der Vergangenheit an. Mit dem positiven Ergebnis im Rücken gilt es jetzt die Oppositionsarbeit konzentriert weiterzuführen und den Menschen aufzuzeigen, dass Rot-Grün unserem Land mehr schadet als nützt.

Wir werden im Landtag weiterhin ansprechen, was die Landesregierung gerne verheimlichen würde: sei es die mangelhafte Umsetzung der Inklusion, die Einschränkung der Hochschulfreiheit, die Nullrunde bei der Beamtenbesoldung oder die Rekordverschuldung. Dabei werden wir, wie bereits in der Vergangenheit, nicht nur den Finger in die Wunde legen, sondern auch mit eigenen Vorschlägen aufzeigen, wie man es besser macht. Also packen wir's an!

Ihre

Astrid Birkhahn

## Angriff auf Hochschulen: Schulze fordert Absenkung der Qualitätsstandards

Als „Planwirtschaft“ und „Angriff auf die Qualität in der Bildungspolitik“ bezeichnet die Hochschulpolitikerin Astrid Birkhahn, die rot-grünen Absichten zur Einführung einer Höchstquote für Studienabbrecher. Die Landesregierung will die Hochschulen damit dazu zwingen, eine Mindestzahl von Studierenden die Prüfungen bestehen zu lassen. „Nach der Abschaffung der Hochschulfreiheit folgt die wissenschaftspolitische Planwirtschaft. Statt die Hochschulen anhand des objektiven Kriteriums Leistung entscheiden zu lassen, wer seinen Abschluss als Arzt oder Ingenieur bekommt, soll künftig eine von der Politik festgelegte Quote den Hochschulen vorschreiben, wie viele Absolventen ein Studiengang produziert. Das widerspricht allen Vorstellungen von

Hochschulautonomie und Freiheit der Lehre“, so Birkhahn.

Dieses Vorgehen sei symptomatisch für den Umgang der Regierung Kraft mit Problemen in der Bildungspolitik, sagte Birkhahn: „In der Schulpolitik glaubt Ministerin Löhrmann das Problem Unterrichtsausfall damit aus der Welt schaffen zu können, indem sie den Ausfall schlicht nicht mehr messen lässt. Und Frau Schulze versucht dem Problem von zu hohen Abbrecherzahlen dadurch Herr zu werden, indem sie die Hochschulen zur Absenkung der Qualitätsstandards aufruft. Das wäre eine Katastrophe für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen!“

## Ehrenamt ist wichtiger Wegbegleiter in eine inklusive Gesellschaft

Die gezielte Öffnung aller Lebensbereiche unserer Gesellschaft für Menschen mit Behinderung ist in den kommenden Jahren eine der zentralen Herausforderungen – nicht nur für Politik, Behörden und Schulen, sondern auch für die gesamte Bevölkerung. Ehrenamtliches Engagement wird hierbei eine zunehmend wichtige Rolle einnehmen. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse des gestrigen Werkstattgesprächs der CDU-



v.r.: Referentinnen und Referenten des Werkstattgesprächs waren: Astrid Birkhahn, MdL, Prof. Dr. Kathrin Römisch, Dozentin an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Carl-Wilhelm Rößler, Jurist für Arbeits- und Sozialrecht im Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln, Dr. Elmar Schnücker, Pädagogischer Leiter der Volkshochschule Gütersloh, Jochen Mahne, Lebenshilfe Warendorf, Ambulant unterstütztes Wohnen, Marion Wank, Pflegedienstberatung/Case Management C.E.M.M., Caritas Sozialsation Beckum und Ursula Doppmeier, MdL.

Landtagsfraktion im Düsseldorfer Landtag. Auf Einladung der beiden CDU-Abgeordneten Astrid Birkhahn aus Warendorf und Ursula Doppmeier aus Gütersloh nahmen rund 70 Gäste an der Veranstaltung teil, darunter kommunale Behindertenbeauftragte, Vertreter der Behindertenhilfe und zahlreicher Selbsthilfeorganisationen, Volkshochschulen und Sportvereinen sowie weitere Abgeordnete.

„Menschen mit Behinderungen müssen in unserer Gesellschaft mehr sichtbar werden, dann werden Berührungsängste abgebaut. Hier kann Ehrenamt einen wichtigen Beitrag leisten und Veränderungen voranbringen. Es muss normal werden, verschieden zu sein und sich zu helfen. Auch für viele Menschen mit Behinderung sind ehrenamtliche Tätigkeiten ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe“, sagte Birkhahn.

Das Werkstattgespräch diente dazu, die teils unterschiedlichen Sichtweisen von Trägern und Betroffenen zusammenzuführen, um daraus Handlungsempfehlungen für die zukünftige Zusammenarbeit zu entwickeln. An diesem Prozess wollen Menschen mit Behinderung auf Augenhöhe mitwirken, stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fest.

Zum kompletten Bericht: <http://goo.gl/hWOHd6>

## Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Wie gewohnt möchte ich Ihnen eine Zusammenfassung der zurückliegenden Plenarwoche geben. Für viel Gesprächsstoff sorgte unter anderem die Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes in NRW. Die CDU-Fraktion sprach sich in einem Entschließungsantrag für eine um-



fassende Revision des **Kinderbildungsgesetzes (KiBiz)** aus. Darin fordert die CDU-Landtagsfraktion unter anderem eine Prüfung zur Erhöhung der Kindpauschalen, eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands und klare Vorgaben bei der Sonderförderung in plusKitas.

Zudem legte die CDU ein Konzept zur Verbesserung von **Sprachtests bei Kindern** vor. Die Sprachfähigkeit der Kinder soll künftig nicht mehr von Außenstehenden geprüft werden, sondern im Alltag von Erziehern. Dies schränkt Fehlbeurteilungen durch externe Gutachter ein, da viele Kinder Probleme mit der Prüfungssituation. Die CDU sprach sich zudem für den Einsatz von Mini-Schulter-Kameras – sogenannter **„Body-Cams“** – bei der Polizei aus (siehe Artikel Seite 3). Alle Entscheidungen der vergangenen Plenarwoche finden Sie im Internet unter: [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).



## CDU-Fraktion für Erprobung von „Body-Cams“ bei NRW-Polizei

In Nordrhein-Westfalen wird laut Gewerkschaft der Polizei inzwischen alle 50 Minuten ein Polizist Opfer eines Angriffs. Aus diesem Grund macht sich die CDU-Landtagsfraktion für den Einsatz von Mini-Schulter-Kameras – sogenannten „Body-Cams“ – bei der Polizei stark. „Dabei handelt es sich um ein wegweisendes Einsatzmittel, mit dem die steigende Zahl von Übergriffen auf unsere Polizei nachweislich gesenkt werden kann“, erklärt Astrid Birkhahn.



Die CDU will kleine Schulterkameras für Polizisten auch in NRW testen lassen. Dafür hatten sich auch Polizeigewerkschaften ausgesprochen. (Bild: Henning Hraban Ramm/pixelio.de)

Laut Medienberichten werden Testläufe mit besagten Mini-Kameras inzwischen von allen Polizeigewerkschaften in Nordrhein-Westfalen gefordert. Birkhahn: „Es ist deshalb höchste Zeit, dass Innenminister Jäger den Einsatz dieser Kameras bei der Polizei ermöglicht. Dabei müssen die ideologisch motivierten Bedenken der Grünen, die den Body-Cam-Einsatz in Nordrhein-Westfalen ablehnen, ohne Wenn und Aber hinter dem Schutz der Gesundheit unserer Polizeikräfte zurückstehen.“

Dass Body-Cams einen beachtlichen Abschreckungseffekt haben, belegen Erfahrungen aus Frankfurt am Main. Dort werden Body-Cams bereits seit einem Jahr erfolgreich getestet. Die Zahl der Angriffe auf Polizeibeamte hat sich infolge der Schulter-Kameras binnen eines halben Jahres um 26 Prozent verringert. Die Zahl der verletzten Polizisten ist sogar auf null gesunken.

Birkhahn: „Angesichts dieser beeindruckenden Bilanz hat die CDU-Fraktion einen Antrag beschlossen, in dem die rot-grüne Landesregierung aufgefordert wird, den Einsatz von Body-Cams auch bei der nordrhein-westfälischen Polizei zu erproben.“

## Handwerker dürfen nicht ausgebremst werden

„Handwerker müssen weiterhin die Möglichkeit haben, regionale Parkausweise zu bekommen“, erklärt Astrid Birkhahn. Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf erklärt die seit 2005 durchgeführte Praxis für rechtswidrig, wonach Handwerkerparkausweise ausgestellt werden, die über kommunale Grenzen hinweg für die ganze Region gelten. Die Richter bemängeln, dass eine klare Verordnung dazu fehle. In Zukunft müssen Handwerker also für jede Kommune separate Parkausweise beantragen und bezahlen.

„Die damit verbundenen Belastungen sind den Handwerksbetrieben nicht zumutbar“, so Birkhahn. „Wir fordern die Landesregierung auf, hier schnell Abhilfe zu schaffen und mit einer entsprechenden Verordnung für Rechtssicherheit zu sorgen.“ Birkhahn fürchtet, dass enorme finanzielle und bürokratische Belas-

tungen auf die Handwerker in Nordrhein-Westfalen zukommen, wenn es keine rasche Lösung gibt.



Gucken die Handwerker in NRW bei der Ausstellung von Handwerkerparkausweise bald in die Röhre? (Bild: Bernd Sterzl/pixelio.de)

## Sozialer Wohnungsbau in NRW im Sinkflug



Die soziale Wohnungsraumförderung in Nordrhein-Westfalen hat sich unter der rot-grünen Regierung verschlechtert, da ein erheblicher Teil der Mittel nicht abgerufen wurde. (Bild: Jerzy/pixelio.de)

„Seit SPD und Grüne in Nordrhein Westfalen regieren, befindet sich die soziale Wohnraumförderung im kontinuierlichen Sinkflug“, stellt Astrid Birkhahn fest.

Zum Vergleich: 2010 wurden unter der damaligen CDU-Landesregierung knapp über eine Milliarde Euro für das Wohnraumförderungsprogramm zur Verfügung gestellt und auch tatsächlich verbaut. Von dem Fördervolumen von 800 Millionen Euro im Jahr 2013 wurden nur noch knapp über 500 Millionen Euro verbaut.

Birkhahn: „Das war das mit Abstand schlechteste Ergebnis seit Jahren und geht auf das Konto von Frau Kraft und ihrer verfehlten Wohnungspolitik. Wenn sie nun verkündet, dass von 2014 bis 2017 insgesamt 3,2 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau fließen würden, dann entspricht das nicht den Tatsachen.“ Dieses Geld werde niemals vollständig verbaut werden, weil die Förderkonditionen nicht stimmten.

„Legt man die Zahlen von 2013 zugrunde, wird es mindestens eine Milliarde weniger sein, die tatsächlich in den sozialen Wohnungsbau fließt. Die Ministerpräsidentin präsentiert den Menschen in Nordrhein-Westfalen eine Mogelpackung und agiert mit Phantasiezahlen“, resümiert Birkhahn.

## Landesregierung sorgt für Wettbewerbsnachteile bei heimischer Wirtschaft

Als „Alarmzeichen“ und „Beweis für die verfehlte Wirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung“ bezeichnet Astrid Birkhahn die veröffentlichte Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft, wonach Nordrhein-Westfalen allein im Jahre 2012 rund 16.000 qualifizierte Arbeitskräfte an süddeutsche Bundesländer und an Berlin verloren hat.

„Statt optimaler Rahmenbedingungen schafft Rot-Grün immer neue Wachstumsfesseln für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen“, kritisiert Birkhahn. Von daher sei es nicht weiter verwunderlich, wenn mehr und mehr gut ausgebildete, junge Menschen Nordrhein-Westfalen den Rücken kehren und eine berufliche Perspektive in Bundesländern suchen, in denen sie bessere Bedingungen vorfinden.

So werde in den südlichen Bundesländern beispielsweise mehr in Forschung und Entwicklung investiert, während die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Hochschulen wieder beschränken will und damit den Forschungsstandort unattraktiv macht. Dort investierten die Unternehmen und schafften neue Arbeitsplätze, während hier die rot-grüne Landesregierung z.B. mit Klimaschutzgesetz und Tariftreue- und Vergabegesetz alles dafür tut, dass Unternehmen sich gegen den Standort Nordrhein-Westfalen entscheiden.

Birkhahn: „Die Wettbewerbsnachteile in Nordrhein-Westfalen sind hausgemacht, die Köche sitzen im Kabinett Kraft. Wenn die Landesregierung nicht schnell den Schalter umlegt, wird Nordrhein-Westfalen noch weiter abgehängt.“

### Impressum

Blickpunkt Landtag  
für den Wahlkreis Warendorf I  
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

### Landtagsbüro

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon: 0211 - 884 - 2744  
Telefax: 0211 - 884 - 3346  
E-Mail: [astrid.birkhahn@landtag.nrw.de](mailto:astrid.birkhahn@landtag.nrw.de)  
[www.astrid-birkhahn.de](http://www.astrid-birkhahn.de)